

# Region

Freitag, 28. November 2025

## «Jedes Jahr warten ist ein Jahr zu viel»

Das Terrain Gurzelen bleibt bis mindestens 2029 bestehen. Das missfällt dem Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland. Er warnt davor, dass ein Volksentscheid so nicht eingehalten werde.

Nicolas Geissbühler

Das alte Stadion Gurzelen ist eine echte Bieler Besonderheit: Seit neun Jahren finden auf dem Sportplatz mitten in der Stadt keine Fussballspiele mehr statt. Dafür entstanden Schrebergärten, Tennisplätze, ein Skatepark und es finden regelmässig unterschiedliche Kulturveranstaltungen statt. Es gibt Ateliers und Kunsträume, es soll ein Ort für alle sein.

Nachdem der FC Biel 2015 in die neue Tissot Arena zog, wollte die Stadt das Stadion abreißen und Wohnungen bauen. Allerdings brauchte die Planung Zeit, sagte sie damals. Gebaut werde erst im nächsten Jahrzehnt.

So gab der Gemeinderat der Stadt Biel 2016 das Stadion zur Zwischennutzung frei. Er schloss einen Gebrauchsleihvertrag mit dem Verein Terrain Gurzelen ab, der auf drei Jahre befristet war. Dieser lief Ende 2019 aus, wurde aber verlängert – ohne Befristung.

Vor einer Woche hat die Stadt dem Terrain Gurzelen nun eine Bleibegarantie bis Ende Juni 2029 gegeben. Genauer verlängerte der Gemeinderat die Frist «zur Erarbeitung des Konzepts für die Bereitstellung der Grundstücke» für das Bauprojekt.

### «Nicht nachvollziehbar»

Das freute zwar den Verantwortlichen des Vereins Terrain Gurzelen – missfällt aber dem Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland (GBLS), wie er mitteilt. Er stört sich daran, dass der Wohnungsbau verzögert wird.

Der Entscheid komme überraschend und sei nicht nachvollziehbar. Ausserdem sei jetzt der richtige Zeitpunkt für den Start der Planung – nachdem vor einiger Zeit auf dem Gurzelen-Parkplatz zwei Pilotprojekte gestartet wurden, die nun weit fortgeschritten seien. «Wir waren von diesem Entscheid irritiert», sagt Jacob Rohde, Sekretär des GBLS, auf Anfrage. Bezahlbarer Wohnraum werde auch in Biel immer seltener – gerade für tiefere und mittlere Einkommensschichten sowie Familien. «Die Mieten steigen, während die Reallöhne sinken», so Rohde.



Der Verein Terrain Gurzelen kann auf dem Grundstück bis 2029 weiterhin seine Projekte unterhalten – das missfällt dem Gewerkschaftsbund.

Bild: Matthias Käser/a

«Die nächsten Jahre nicht einfach tatenlos zusehen.»

Jacob Rohde  
Sekretär Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland

Und auch wenn die Leerwohnungsziffer in Biel noch um einiges höher ist als in anderen grossen Städten: Die Wohnungen werden auch hier immer knapper. Das wird laut Rohde nicht besser: «Biel wird immer beliebter.» Die Lage zwischen Bern und Romandie würde da helfen. Gerade der bezahlbare Wohnraum sinkt in Biel steilig, sagt Rohde. So will sich der GBLS dafür einsetzen, dass es nicht gleich schlimm kommt wie etwa in Zürich.

### «Beide Projekte sind nötig»

Es sei also nicht tragbar, in einer solchen Situation ein Wohnraumprojekt so lange zu sistieren.

Die Stadt Biel argumentierte bei der Sistierung damit, dass das Projekt auf dem derzeitigen Spitalareal im Beaumont-Quartier Priorität habe. Auch dort sollen Wohnungen entstehen. Das reiche aber nicht, findet Rohde: Er ist der Meinung, dass es beide Projekte braucht. Und eines der Bauvorhaben aufzuschieben, sei schlecht. «Jedes Jahr ist ein Jahr zu viel.» Er fordert, dass man die nächsten Jahre zumindest bereits für die Planung des Gurze-

len-Areals nutzt und nicht einfach «tatenlos zusieht».

Grundlage für die Forderung ist das Reglement für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus der Stadt Biel. Diese sieht vor, dass bis 2035 mindestens 20 Prozent der Wohnungen in Biel im Eigentum von gemeinnützigen Wohnungsträgern sein müssen.

Das sei ohne Wohnungsbau auf dem Gurzelen-Areal nicht erreichbar, findet Rohde. Heute sei

diese Quote auf etwa 14 Prozent, mit sinkender Tendenz. Der Aufschub bis 2029 bedeute einen Baustart in frühestens zehn Jahren. Dadurch sei die angestrebte Quote faktisch unerreichbar.

Rohde sagt auch, dass die Stellungnahme nicht gegen den Verein Terrain Gurzelen gerichtet sei: «Der GBLS anerkennt die Bedeutung der Zwischennutzung. Aber vier Jahre auf die Planung zu verzichten, ist zu lang.»

## Bieler Einwohnerdienste brauchen mehr Mittel

Bei den Einwohnerdiensten der Stadt Biel sind zwar fast die Hälfte der offenen Dossiers abgearbeitet. Für den Rest braucht die Stadt aber noch zwei Millionen Franken.

Anissa Dennenmoser

Nachdem 2024 ein Eklat bei den Bieler Einwohnerdiensten Missstände bei der SIP und Tausende hängige Dossiers offengelegt hatte, wurde eine Reorganisation der Abteilung angestossen (das BT berichtete mehrfach). Gestern hat die Direktion für Sicherheit und Soziales einen Zwischenstand kommuniziert.

Seit Anfang 2025 wurden bei den Einwohner- und Spezialdiensten 1566 Fälle abgebaut – 47 Prozent der offenen Gesuche. Beim Rest hande es sich um komplexere Fälle, so die Direktion. Damit die hängigen Gesuche weiter reduziert werden können und gleichzeitig das Tagesgeschäft erledigt werden kann, braucht es auch für das kom-

mende Jahr zusätzliche Ressourcen. Darum beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat zwei Verpflichtungskredite: 1,05 Millionen Franken für das Tagesgeschäft und 950'000 Franken für die Taskforce.

Laut Sozialdirektorin Natasha Pittet (PRR) handelt es sich hierbei um den gleichen Kredit wie im Vorjahr. Es gehe um die Aufstockung des Personals; dass die befristeten Verträge auch für 2026 verlängert werden können.

### Komplexe Fälle – Abbau der Dossiers geht langsamer

«Jede Woche kommen mehrere Hundert neue Dossiers rein», sagt Natasha Pittet. Über das Jahr bearbeiten die Einwohnerdienste rund 30'000 Dossiers. «Es kann etwas sehr Einfaches

sein, das fünf Minuten dauert, oder etwas, das Monate in Anspruch nimmt», so die Sozialdirektorin. «Anfang Jahr hatten wir mehr als 3000 Fälle, die warten – einige seit dem Tag vorher, einige seit Monaten.» Heute sei man bei rund 1500 Dossiers.

«Wir haben mit den einfachsten begonnen», sagt Pittet. Dies, weil gleichzeitig die Prozesse umgewandelt und verbessert werden mussten. Jetzt werde es aber weniger schnell heruntergehen mit den Zahlen, weil die Fälle komplexer sind. Die Gemeinderätin konkretisiert: «Es gibt Familien mit drei oder vier verschiedenen Nationalitäten – dann muss man mehr machen, um einen Ausweis zu verlängern oder einen Familiennachzug zu bewilligen.» Oder: «Men-

schen, die in einer sehr komplexen finanziellen Situation leben.» Das gebe viel mehr Arbeit als bei jemand aus Frankreich oder Deutschland, der herkomme, um zu arbeiten, und bereits einen Job habe.

### Neue Prozesse, mehr Klarheit

«Wir haben die ganze Abteilung komplett reorganisiert, die Teams, wo die Leute sitzen, wie sie zusammenarbeiten», sagt Pittet. Die ganzen Prozesse seien neu, die Gemeinderätin ist zufrieden. «Ich bin sehr froh, wie es läuft.» Sie hätten auch bereits Feedback aus der Bevölkerung erhalten: «Dass sie sehr froh sind, dass die Abläufe klarer sind.» Ein Beispiel: «Früher musste man am Empfang sa-

gen, was man wollte. Dann wurde man irgendwo hingeschickt. Heute haben wir am Schalter den Kundendienst; also Leute, die alle Abläufe kennen. Im besten Fall können sie sofort antworten oder machen, was nötig ist.» Die Wartezeit liege nun im Schnitt bei sieben bis acht Minuten. «In vielen Fällen wird die Lösung direkt gefunden und die Leute müssen nicht weiter in ein anderes Büro oder nochmals zurückkommen.»

Zusätzlich zu den angepassten Prozessen soll im Sommer 2026 ein neues IT-System für die Fallführung eingeführt werden. Ein Teil der Reorganisation ist die Umwandlung der Einwohner- und Spezialdienste in eine eigenständige Abteilung «Bevölkerung». Derzeit werden die

Einwohner- und Spezialdienste von Christine Schneider ad interim geführt. Eine Nachfolgelösung wird gesucht. Pittet hofft, dass diese im ersten Halbjahr gefunden wird.

### Fixe Stellen ab 2027 benötigt

Ab 2027 werden die zusätzlich erforderlichen Ressourcen für das Tagesgeschäft direkt im Budget ausgewiesen. Es geht laut Pittet nicht um so viele Leute, wie jetzt mit der Taskforce bei den Einwohnerdiensten tätig sind, aber doch um etwas mehr als der bisherige normale Bestand. Das Geschäft kommt im nächsten Jahr vor den Stadtrat. (ade)